

II- 1449 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 9. Juli 1971 No. 740/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. HALDER  
und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Verwirklichung der Vorschläge der Verwaltungsreform-  
kommission.

Die Verwaltungsreformkommission hat in ihrem Bericht an die  
Bundesregierung vom Dezember 1970, den die Bundesregierung am  
23. April 1971 dem Nationalrat zugeleitet hat, folgende Vorschläge  
zur Reform der Verwaltung in ihrem Ressortbereich erstattet:

Zur Frage der Vereinfachung der Steuer-  
einhebung möchte die Verwaltungsreform-  
kommission nicht von sich aus isoliert  
Vorschläge erstatten, ohne die angestreb-  
ten Lösungsversuche der im Bundesmini-  
sterium für Finanzen tätigen Steuer-  
reformkommission zu kennen und deren  
Arbeitsergebnisse zu berücksichtigen. Eine  
stärkere Koordinierung der Tätigkeit der  
beiden Kommissionen wäre anzustreben<sup>1)</sup>.

An Maßnahmen, die unabhängig vom  
Arbeitsergebnis der Steuerreformkom-  
mission durchgeführt werden können,  
seien genannt:

Die im territorialen Neuordnung pro-  
gramm (siehe 5,3,1.) vorgesehene Konzen-  
trierung der Ämter (Finanzlandesdirek-  
tionen, Finanzämter, Steueraufsichts-  
stellen, Zollwacheabteilungen und Zoll-  
wacheabteilungsinspektorate).

**Zollwache**

Entlastung von Aufgaben, für die die  
Zollwache primär nicht berufen ist, da-  
mit Beschränkung auf ihre eigentlichen  
Aufgaben:

Warenbegleitung, Warenbeaufsichtigung,  
Bewachungsdienst, Überwachung der Zöll-  
grenze und der Zollfreizone, Reiseabferti-  
gung. Möglichst sparsame Verwendung  
von Zollwachebeamten im Innendienst.

-2-

Überprüfung der Approbationsbefugnisse in den Finanzämtern mit dem Ziele einer Entlastung der Beamten.

Einrichtung eines Bundesamtes für Verrechnung und Besoldung.

Dadurch soll das Verrechnungswesen konzentriert und ökonomischer gestaltet und ein Konzentrationspunkt für die EDV-Anlagen geschaffen werden.

An Sofortmaßnahmen werden vorgeschlagen:

Verbesserungen für den Parteienverkehr in den Lohnsteuer- und Beihilfenstellen der Finanzämter. Vereinfachungen bei der Einhebung der Kraftfahrzeugsteuer.

Die Bundesregierung hat laut Pressemeldungen zum Ausdruck gebracht, daß sie sich nicht in allen Belangen mit den Vorschlägen der Verwaltungsreformkommission identifiziere, sondern daß sie dem Nationalrat ihre eigenen Vorschläge erstatten werde. Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang folgende

#### A n f r a g e :

- 1) Mit welchen der vorerwähnten Vorschläge der Verwaltungsreformkommission stimmen Sie überein?
- 2) Mit welchen Vorschlägen stimmen Sie nicht überein?
- 3) Wann werden Sie dem Nationalrat konkrete Maßnahmen in jenen Belangen vorschlagen, in denen Sie mit der Verwaltungsreformkommission übereinstimmen?
- 4) Welche anderen Vorstellungen haben Sie im einzelnen zu jenen Vorschlägen der Verwaltungsreformkommission, mit denen Sie nicht übereinstimmen?
- 5) Wann werden Sie solche konkrete Vorschläge dem Nationalrat vorlegen?